

## Schäuble kappt Rabatt auf Stromsteuer

Der Finanzminister legt seinen Gesetzentwurf vor und versetzt die mittelständische Industrie in Alarmstimmung.

Klaus Stratmann Berlin Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) konkretisiert seine Pläne zur Kürzung von Energiesteuerprivilegien. Mit dem Gesetzentwurf, der dem Handelsblatt vorliegt, will die Regierung zum einen Missbrauch bekämpfen. Darüber hinaus sind aber auch tiefe Einschnitte für das produzierende Gewerbe vorgesehen. Schäubles Entwurf ist Bestandteil des Sparpaketes der Regierung und geht nun in die Ressortabstimmung.

Geplant ist, den Sockelbetrag, der überschritten werden muss, damit Energiesteuerprivilegien für die Industrie überhaupt greifen, um den Faktor zehn zu erhöhen. Für einen Teil des industriellen Mittelstandes würden Vergünstigungen damit komplett entfallen. Derzeit beträgt der Sockelbetrag 512 Euro, Schäuble will ihn auf 5000 Euro anheben. Der Bundesrechnungshof hatte einen Sockelbetrag von 2500 empfohlen.

Zudem will der Finanzminister den sogenannten Spitzenausgleich kappen, von dem bisher insbesondere energieintensive Betriebe profitieren. Ihr Rabatt auf die Stromsteuer in Höhe von bis zu 95 Prozent soll im kommenden Jahr auf 80 Prozent und 2012 auf 60 Prozent reduziert werden.

Schäuble will damit 2011 insgesamt eine Mrd. Euro, im Jahr darauf 1,5 Mrd. Euro sparen. Er sieht sich zu den Einschnitten gezwungen, weil sich allein mit der Beseitigung von zu Unrecht in Anspruch genommenen Privilegien nur 500 Mio. Euro einsparen lassen. Bei den Missbrauchsfällen geht es um den "Contra-

ting-Trick": Kaufhäuser oder Hotels lagern den Betrieb von Heizungs- und Klimaanlage in eine GmbH aus, die dann als Unternehmen des produzierenden Gewerbes gilt und von Energiesteuerprivilegien profitiert.

Wettbewerbsfähigkeit bedroht.

Um das Sparziel von 1,5 Mrd. Euro zu erreichen, muss Schäuble in den Teil der Begünstigungen eingreifen, der dazu beitragen soll, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten. Die Begünstigungen sind ein Zugeständnis, das die rot-grüne Bundesregierung dem produzierenden Gewerbe 1999 mit der ökologischen Steuerreform gemacht hatte.

Aus Sicht der betroffenen Branchen sind die Pläne unhaltbar. Nach Berechnungen des Verbandes VIK, in dem sich große Energieverbraucher aus der Industrie zusammengeschlossen haben, erhöht sich allein durch die Kappung des Spitzenausgleichs die Stromsteuerlast für ein mittelständisches Unternehmen, das jährlich zehn Gigawattstunden Strom verbraucht, von 6600 Euro im Jahr 2010 auf 69 000 Euro im Jahr 2012. "Wenn die Bundesregierung diesen Plan umsetzt, greift sie die industrielle Basis des Landes massiv an. Das produzierende Gewerbe, das im internationalen Wettbewerb steht, wird diese Belastung nicht schultern können", sagte VIK-Geschäftsführerin Birgit Ortlieb dem Handelsblatt.

Thomas Bareiß (CDU), energiepolitischer Koordinator der Unionsfraktion,

teilt die Kritik. Er sehe alle Maßnahmen, die über die Beseitigung der reinen Mitnahmeeffekte hinausgingen, mit großer Skepsis, sagte er dem Handelsblatt. Es könne nicht angehen, dass die Einsparungen zu einem großen Teil zu Lasten des industriellen Mittelstandes gingen. Die Unternehmen müssten "als Rückgrat unserer Wirtschaft vor unverhältnismäßigen Belastungen" geschützt werden.

### BRENNELEMENTESTEUER VERKRAFTBAR

Neue Berechnung Die von der Regierung geplante Brennelementsteuer ist nach Auffassung des DIW für die Kraftwerksbetreiber verkraftbar, vorausgesetzt das Strompreisniveau sinkt nicht. Nach Berechnungen von DIW-Energieexpertin Claudia Kemfert würden die Betreiber bei einem Großhandelspreis von 6,5 Cent je Kilowattstunde mit der Steuer Gewinne von jährlich 4,1 Mrd. Euro erzielen. Ohne die Steuer läge der Wert bei 6,4 Mrd. Euro. Die Differenz beschreibt die Höhe der Steuer von 2,3 Mrd. Euro.

Neue Bewertung Nach Einschätzung Kemferts stellte die Steuer bei diesen Grundannahmen "keine übermäßige Belastung" dar. Anders sähe die Rechnung aus, wenn der Strompreis lediglich bei fünf Cent liegt. In diesem Fall reduzierten sich die Gewinne ohne Steuer auf knapp vier Mrd. Euro, mit Steuer auf nur noch 1,6 Mrd. Euro. Die derzeit für Laufzeitverlängerungen debattierten "zusätzlichen Gewinnabschöpfungen wären in diesem Szenario nicht mehr zu leisten", sagt Kemfert. str